



## Mediationsverfahren Volksgarage Bacherplatz Wien

### KURZBESCHREIBUNG

#### Vorgeschichte

Gegenstand des Mediationsverfahrens „Mediation Volksgarage Bacherplatz“ in Wien war die geplante Errichtung einer Volksgarage unter dem Bacherplatz im fünften Wiener Gemeindebezirk (Wien Margareten). Im Dezember 2003 hat sich eine Bürgerinitiative gegründet. Ursache dafür war eine seitens der Anrainer nicht als ausreichend gesehene Einbindung in den Entscheidungsprozess zu einer möglichen Errichtung einer Volksgarage unter dem Bacherplatz (Bacherpark). Ab diesem Zeitpunkt hat die Bürgerinitiative gegen den Bau der Tiefgarage im Rahmen vieler Veranstaltungen und auch Demonstrationen ihre Kritik an dem Projekt zum Bau der Tiefgarage artikuliert und vor allem auf Mängel und Defizite in der Entscheidungsfindung für das Garagenprojekt hingewiesen. Die Bürgerinitiative beklagte vor allem auch eine aus ihrer Sicht nicht ausreichende oder sogar fehlende Bereitschaft der Politik zum Dialog.

Nach Inkrafttreten der Baugenehmigung im Dezember 2005 wurden vier Bäume gefällt und im Januar 2006 der Kinderspielplatz im Bacherpark zur Vorbereitung für die Errichtung einer Baustelle demontiert. Dies veranlasste die Bürgerinitiative am 9. Januar 2006 den Park rund um die Uhr mit Zelten zu besetzen – damit stieg das Medieninteresse an diesem Konflikt schlagartig. Nahezu jeden Tag wurde u.a. in den großen österreichischen Tageszeitungen (Kronenzeitung, Kurier etc.) von der Situation am Bacherplatz berichtet. Seitens der Bürgerinitiative wurden über 2000 Unterschriften gegen den Bau der Tiefgarage gesammelt und der Stadtregierung übergeben – ein konstruktiver Dialog zeichnete sich jedoch nicht ab. Der Konflikt am Bacherplatz entwickelte sich (in dem Wahljahr zu den Nationalratswahlen 2006) zu einer politischen und kulturellen Bühne. Die Situation eskalierte Ende Januar 2006 mit sehr heftigen Vorwürfen gegen die Bürgerinitiative auf der Homepage der Sektion 13 und 15 der SPÖ Margarete, die sich als haltlos und aus der Luft gegriffen herausstellten und für die sich der Bürgermeister der Stadt Wien, Dr. Michael Häupl, im Rahmen einer Wiener Landtagssitzung, entschuldigte. Anfang Februar 2006 wurde zum ersten Mal die Idee, eine Mediation durchzuführen, ins Spiel gebracht: Anfangs seitens des Garagenentwicklers und der Stadt Wien – mit der Zeit ist die Idee zur Mediation auch vom Bezirk aufgenommen worden.

#### Involvierte Personen und Institutionen

Am Verfahren beteiligt waren die Bürgerinitiative gegen das Garagenprojekt Bacherplatz, die Initiative für das Garagenprojekt Bacherplatz, die Aktionsgruppe LEB, Politiker des Bezirks Margareten sowie Vertreter des IC Garagenentwicklung.



Auflistung der beteiligten Personen (Mediandinnen und Medianden):

Bürgerinitiative gegen das Garagenprojekt Bacherplatz: Wessely Herta, Hofmann Helmut, Wessely Reinhard, Özcan Murat, Vana Heinrich

Aktionsgruppe LEB: Vollnhofer Ottilie, Skrepek Magdalena

Initiative für das Garagenprojekt Bacherplatz: Seitner Johannes

Landtagsabgeordneter (SPÖ): Hora Karlheinz

Bezirksvorsteher Margareten: Wimmer Kurt

Bezirksvorsteher-Stellvertreterin (SPÖ): Hallal-Wögerer Andrea

Bezirksvorsteher-Stellvertreter (Grüne): Dvorsky Peter

Klubobfrau Margareten ÖVP: Mojzis Marie-Luise

Klubobmann Margareten Grüne: Koschat Martin

Klubobmann Margareten FPÖ: Jenewein Hans-Jörg

Klubobmann Margareten SPÖ: Fandl Walter

IC Garagenentwicklung: Köttl Andreas, Ullrich Sabine

Mediationsteam: Alexander Neumann, Johannes Gotsmy,

**Phase 1: Pre-Mediation**

Anfang Februar 2006 fanden die ersten Vorgespräche statt. Diese wurden vom Mediationsteam (vom Garagenentwickler beauftragt) als „Einzelgespräche“ mit den Konfliktparteien (Stadt Wien, Bürgerinitiative gegen den Bau der Garage, Bürgerinitiative für den Bau der Garage, Bezirksvorstehung, Garagenentwickler) durchgeführt. Erst als die Bereitschaft zur Mediation von allen Seiten in den Vorgesprächen hergestellt worden ist, konnte die erste „gemeinsame“ Runde Anfang März stattfinden. In Summe waren vier Sitzungen im Plenum (20 Personen + Mediationsteam) nötig, um zu einem Mediationsvertrag zu kommen. Dieser wurde am 1. April 2006 von allen Beteiligten und dem Mediationsteam unterschrieben und war der formelle Start der Mediation (Main-Mediation).

**Phase 2: Main-Mediation**

Die Main-Mediation erfolgte großteils im Plenum. Einzige Ausnahme war die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur detaillierten Ausarbeitung der Mediationsvereinbarung – hier im Speziellen die Erarbeitung und Festlegung der Anrainerbefragung für oder gegen den Bau der Volksgarage unter dem Bacherplatz (als Kernstück des erarbeiteten Konsenses). Insgesamt wurde 16 Sitzungen und über 100 Diskussionsstunden an einem Konsens gearbeitet. Am 17. Mai 2006 (um 7.00 Uhr in der Früh) wurde die Mediationsvereinbarung unterzeichnet. Darin wurde eine Lösung für den lang andauernden Konflikt um den geplanten Bau der Volksgarage Bacherpark festgeschrieben. Kernstück war, wie erwähnt, eine Anrainerbefragung für oder gegen den Bau der Volksgarage unter dem Bacherplatz.

**Phase 3: Post-Mediation**

Eine Post-Mediation, im Speziellen die Begleitung der Umsetzung der Mediationsvereinbarung durch das Mediationsteam, wurde von allen Beteiligten als nicht notwendig erachtet und abgelehnt. Die in der Mediationsvereinbarung festgeschriebene Schiedsgerichtsklausel wurde als ausreichende Sicherheit hinsichtlich der Kontrolle der Umsetzung der Ergebnisse angesehen.

Das Ergebnis der Anrainerbefragung: 1620 Personen haben mit „Nein“ gestimmt, 839 mit „Ja“, 134 Stimmen waren ungültig. Das Ergebnis von 66% gegen den Bau der Volksgarage wurde allen Seiten als eindeutig angesehen und als solches akzeptiert – die Volksgarage wurde nicht gebaut.

## Erfolgskriterien im Praxisfall Bacherplatz

Die Mediation zur Volksgarage am Bacherplatz hat in einer sehr kurzen Zeitspanne (nur etwas mehr als vier Monate für die Pre-Mediation und die Main-Mediation) einen Konsens in einem über viele Jahre andauernden und hoch eskalierten Konflikt ermöglicht. Aus Sicht des Mediationsteams waren folgende Umstände hauptverantwortlich für den Erfolg:

- **Ergebnisoffenheit** von allen Seiten;
- **Zeitlicher Druck** durch die Politik durch die Nationalratswahl im Herbst 2006;
- Das Herausbilden einer integrativen und einflussreichen **Persönlichkeit** unter den Konfliktbeteiligten, die als „Motor“ im Verfahren sehr hilfreich war;
- Rechtlicher Beistand der Bürgerinitiative im Verfahren (in jeder Sitzung des Plenums anwesend);
- Einhaltung des **Mediationsvertrags** (im Speziellen der Umgang mit der Presse);
- Aufbau von **Vertrauen** im Mediationsforum;
- Hohe fachliche und prozessbezogene **Erfahrung** und **Kompetenz** sowie uneingeschränkte Allparteilichkeit des Mediationsteams;
- Effiziente und zielorientierte **Prozessgestaltung**.

An einigen Stellen im Verfahren drohte die Mediation zu scheitern. Die wichtigsten Besprechungen in diesen schwierigen Situationen fanden nicht im Plenum sondern in „**Pausengesprächen**“ statt. Dieser „formlosen und offenen Form“ der Diskussion und Verhandlung (vgl. Open Space) wurde vom Mediationsteam mit Fortschreiten der Mediation immer mehr Raum gegeben. Das war sicherlich ein weiterer Faktor, der zum Erfolg der Mediation beigetragen hat.

## „Stolpersteine“ des Beteiligungsprozesses

- Der Umgang mit **Vertraulichkeit** und **Pressearbeit** im Rahmen der Prämediation;
- Die Einbeziehung breiter Teile der **politischen** Akteurinnen und Akteure – methodisch und energetisch herausfordernd für das Mediationsteam;
- Einflüsse von Außen auf die Beteiligten (**Delegierten**) am Verfahren (durch die jeweiligen **Herkunftsgruppen** der Delegierten im Verfahren, politische Parteien etc.);
- **Rückbindungsprozesse** in die jeweiligen Herkunftsgruppen generell.

## Conclusio

Der Nutzen des Beteiligungsprozesses: Es wurde innerhalb weniger Monate eine Lösung für einen über viele Jahre teilweise sehr stark eskalierten Konflikt erarbeitet und umgesetzt. Die im Konfliktfall Bacherplatz entwickelte Vorgehensweise kann richtungsweisend für zukünftige Projekte dieser Art sein.

Wien, 2006